



**FRIEDMAN: JAfD "GREIFT DAS POLITISCHE FUNDAMENT DIESES LANDES AN"**

## **Juden in der AfD sind eine gute Entwicklung**

Von WOLFGANG HÜBNER | Wenn Michel Friedman vor Wut schäumt, muss fast immer etwas richtig gelaufen sein. Und so ist es auch diesmal: Denn die bevorstehende Gründung einer bundesweiten Vereinigung von Juden in der AfD, der JAfD, ist ein wichtiger Schritt zur Normalisierung des Verhältnisses von deutschen Juden zu nichtjüdischen Deutschen. Es sind offenbar gerade die aus der ehemaligen Sowjetunion und Russland eingewanderten Juden mit deutscher Staatsbürgerschaft, die nicht mehr in der alternden deutschen Bevölkerung eine Gefahr für ihre Zukunft sehen, sondern in dem religiös motivierten und legitimierten Judenhass, der in der wachsenden Zahl von Muslimen viel zu oft verwurzelt ist, aber weitgehend tabuisiert wird.

Es ist Tatsache, dass es in Deutschland immer noch Antisemitismus und antisemitische Vorurteile gibt. Dazu hat übrigens das arrogante und aggressive Auftreten des in den Medien omnipräsenten Friedman einen gewissen Teil beigetragen. Doch dieser alte Antisemitismus, der so viel Unheil gestiftet hat, ist eine gesellschaftliche Randerscheinung, die keine

gefährbringende Zukunft mehr hat. Selbstverständlich gibt es wie bei allen anderen Parteien auch in der AfD Mitglieder mit antisemitischen Tendenzen. Wo sich diese aber öffentlich artikulieren, hat die Partei bislang Konsequenzen gezogen. Eine Gruppe wie die Juden in der AfD wird künftig noch mehr darauf achten, dass solche Tendenzen frühzeitig erkannt und bekämpft werden.

In einem Interview der Regionalausgabe Rhein-Main der FAZ bezeichnet Friedman die AfD als „die falsche Partei für Juden“. Er verweist dabei auf Äußerungen von Alexander Gauland und Björn Höcke. Doch es sind gerade diese beiden AfD-Politiker, die nun ausdrücklich die Gründung der JAfD begrüßen. Die von Friedman beanstandeten Äußerungen von Gauland und Höcke, von den Medien gezielt aus dem jeweiligen Zusammenhang gerissen, waren sicher nicht gut überdacht gewählt. Doch ein Beweis für Antisemitismus waren sie bei näherer Betrachtung nie. Vielmehr waren sie – in beiden Fällen nicht sonderlich geglückte – Versuche, sich gegen den von linker Seite politisch skrupellos instrumentalisierten deutschen „Schuldkomplex“ zu wehren.

Wie notwendig das nach wie vor ist, beweist eine Passage in dem Interview, in dem Friedman sagt: „Von dem Gedanken abzugehen, dass Deutschland die Verantwortung für den Holocaust trägt, bedeutet, dass man das politische Fundament dieses Landes angreift.“ Deutlicher konnte Friedman nicht formulieren, warum ihm die Juden in der AfD solches Unbehagen bereiten. Denn für ihn und leider auch die derzeitigen Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland ist folglich das „politische Fundament dieses Landes“ die offenbar unvergängliche „Verantwortung für den Holocaust“. Wer so etwas von sich gibt, propagiert eine kollektive Erbschuld („Verantwortung“) auch für die nachgeborenen Generationen in Deutschland. Sowenig es eine Erbsünde gibt, so wenig gibt es jedoch eine Erbschuld. Schuld und Verantwortung können immer nur Individuen oder bestimmte Gruppen haben, aber niemals eine

ganze Nation.

Das haben diejenigen Juden, die nun in der AfD tätig und aktiv sind, längst begriffen. Sie blicken in die Zukunft. Friedman hingegen instrumentalisiert die nie zu tilgenden Verbrechen der Vergangenheit, um das „politische Fundament dieses Landes“ mitzubestimmen. Doch gerade der von massiver Einwanderung bestimmte deutsche Staat kann auf so wackligem, so negativ definiertem Fundament die gegenwärtigen wie künftigen Probleme nicht lösen. Das mag Michel Friedman egal sein – den Juden in der AfD ist das so wenig egal wie den Nichtjuden in der Partei. Das ist eine gute Entwicklung.

---



Hübner auf  
der Buch-  
messe 2017  
in  
Frankfurt.

*[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.*